

F. 15.12.1989  
1989

Postadresse:  
-9490 Vaduz,  
Post Franz Josef-Str. 13

# Vaterland

Redaktion/Verwaltung  
Tel. 075/2 28 26  
Telefax 2 91 92

ZEITUNG FÜR DAS FÜRSTENTUM LIECHTENSTEIN – MIT AMTLICHEN KUNDMACHUNGEN

## Liechtenstein geht zur UNO!

Landtag genehmigte gestern einstimmig den Antrag der Regierung für einen UNO-Beitritt

ars - Wenn alles gut geht, so wird Liechtenstein 45 Jahre nach der Gründung der Vereinten Nationen (UNO) dieser Weltorganisation als 160. Mitglied im nächsten Jahr hinzukommen. Der liechtensteinische Landtag genehmigte gestern einstimmig den entsprechenden Bericht und Antrag der Regierung und ermächtigte diese, an den Generalsekretär der Organisation der Vereinten Nationen ein Aufnahmege- such zu richten unter Abgabe einer Erklärung, dass das Fürstentum Liechtenstein gewillt ist, die in der Charta der Vereinten Nationen enthaltenen Verpflichtungen auf sich zu nehmen.



Ein historisches Bildokument: Der Landtag stimmt dem liechtensteinischen UNO-Betritt zu.

elten vermochte ein Thema die Abgeordneten so zu mobilisieren wie es der UNO-Beitritt gestern tat. 14 Abgeordnete meldeten sich zu Wort, um diesen wichtigen aussenpolitischen Schritt aus ihrer Sicht zu erläutern. Eröffnet wurde die Rednerliste mit den beiden Fraktionserklärungen der im Landtag vertretenen Parteien, die sich allesamt positiv zu diesem Beitrittsge such stellten.

Auffallend der positive Grundtenor in allen Voten. Als Hauptargumente für einen Beitritt wurde die Stärkung der liechtensteinischen Souveränität, die internationale Solidarität, das Ja zu den Zielsetzungen, die in der UNO-Charta fixiert sind und in ganz besonderem Masse auch denen eines Kleinstaates entsprechen und das Ja zur UNO als die

selben, und als Partner sind wir aufgerufen, unseren Beitrag zu leisten", konstatierte Günther Wohlwend.

Ziemlich weit hergeholt und eigentlich nicht in diese Thematik passend dann das Votum von Dr. Dieter Walch, der sich darüber entrüstete, dass S.D.

einer bedeutenden deutschen Zeitung in diesem Jahr die Meinung äusserte, dass Liechtenstein auch ohne Zollvertrag mit der Schweiz existieren könne. Diese verbale Attacke stiess zum grossen Teil auf Unverständnis, da sie mit dem zu behandelnden Thema nichts gemein hatte. In der abschliessenden Abstimmung von

UNO-Beitritt Liechtensteins und schlossen damit mehr als 5jährige aussenpolitische Bemühungen (Sondierungen und Informationen) der Regierung in einem für Liechtenstein positiven Sinne ab.

Auf Seite fünf dieser Ausgabe bringen wir eine Auswahl der Voten zum liech-

REKONSTRUIERT  
mars - Die Erhaltung der gesunden Finanzen stellte FBP-Fraktionssprecher Dr. Alois Ospelt in den Mittelpunkt der FBP-Fraktionserklärung. Das bedeutet nichts anderes, als dass die Staatsfinanzen gesund sind und dass alles unternommen werden muss, um diese gesunde Situation auch in Zukunft beizubehalten.

Wenn man bedenkt, dass an gleicher Stelle vor einem Jahr noch vom drohenden Staatsbankrott die Rede war, so hinterlässt die Kehrtwendung der FBP-Landtagsfraktion einen zwiespält-

### Fähnlein im Winde

tigen Eindruck. Zuerst zum Wohle aller Konsens in der für den Staat so wichtigen Frage der Finanzen, dann aus heiterem Himmel Fraktur und Ablehnung des langjährig gemeinsam vertretenen Finanzgebarens und dann wieder Zustimmung.

Für die FBP-Landtagsfraktion stellt die von ihnen angeblich festgestellte Kurskorrektur in der Staatsbudgetierung eine direkte Folge ihres Damaligen Verhaltens dar. Also - auf Ablehnung und Sprengen des Landtages folgte eine wundersame Kehrtwendung der Regierung in der Finanzpolitik. Ob hier nicht der Wunsch Vater des Gedankens ist?

Tatsache ist, dass der Voranschlag 1990 nach den gleichen Kriterien erstellt worden ist, wie der für das Jahr 1989. Tatsache ist weiters, dass damals wie auch heute die von Finanzminister Hans Brunhart immer wieder in der Öffentlichkeit propagierte Devise gegolten hat, dass der Finanzplan keine politische Absichtserklärung sei, sondern ein Hilfsmittel zur finanziellen Planung.

Wenn die FBP-Landtagsfraktion sich nun auch ein politisches Scheitern von der seriösen und sorgfältigen Finanzpolitik der VU-Mandatäre abschneiden möchte, so ist dies politisch verständlich und ist ein ungenutztes gegebenes, aber sehr wohl vernommenes verstocktes Loh für gut geleistete Ar-